

Paibacher Zeitung.

Nr. 215.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dinstag, 22. September

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

Ämtlicher Theil.

Verordnung der k. k. Ministerien des Innern und des Handels vom 5. September 1874

betreffend die Vollstreckung von Expropriationserkenntnissen in Eisenbahnangelegenheiten, wirksam für alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg.

Die nach § 1 des Gesetzes vom 29. März 1872, R. G. B. Nr. 39, erfolgende Einsetzung in den Besitz oder in die Benützung von Objecten, bezüglich derer zugunsten einer Eisenbahn ein Expropriationserkenntnis erlassen oder das im § 4 desselben Gesetzes erwähnte gültliche Uebereinkommen zustande gekommen ist, steht als ein Act der Vollstreckung eines politischen Erkenntnisses oder des an die Stelle desselben getretenen Uebereinkommens der k. k. politischen Behörde erster Instanz, das ist der k. k. Bezirkshauptmannschaft, in deren Gebiete das Object liegt, oder in den mit eigenen Statuten versehenen Gemeinden dem Gemeinde-Amte zu.

Diese Einführung in den Besitz oder in die Benützung hat jedoch nicht in allen Fällen einer für eine Eisenbahn erfolgten zwangsweisen Enteignung oder der an deren Stelle getretenen Vereinbarung, sondern nur dann stattzufinden, wenn es sich darum handelt, ein derartiges Expropriationserkenntnis oder Uebereinkommen zwangsweise zu vollziehen, während dort, wo der bisherige Besitzer ausdrücklich oder stillschweigend der Occupation des Gegenstandes der Expropriation oder des Uebereinkommens zustimmt, ein besonderer Act der behördlichen Befugnis-Einführung als nicht erforderlich entfällt.

Diese Befugnis-Einführung hat darin zu bestehen, daß die politische Behörde erster Instanz der Eisenbahnunternehmung über ihr Ansuchen die Occupation des Gegenstandes der Expropriation oder des Uebereinkommens unter gleichzeitiger Verständigung des anderen Theiles schriftlich gestattet und diese Gestattung nöthigenfalls durch die Beistellung der erforderlichen Assistenz zur Geltung bringt.

Nachdem jedoch die Zahlung des durch die gerichtliche Schätzung ermittelten Entschädigungsbetrages die Voraussetzung bildet, auf welcher die zwangsweise Einsetzung in den Besitz oder in die Benützung beruht, so kann die letztere erst dann von der politischen Behörde verfügt werden, wenn die Eisenbahnunternehmung die Nachweisung geliefert hat, daß sie den vollen durch die gerichtliche Schätzung ermittelten Entschädigungsbetrag an den Eigentümer des Gegenstandes der Expropriation oder des Uebereinkommens bezahlt oder gerichtlich erlegt hat.

Da im letzteren Falle die Vermögensnachtheile nicht im allgemeinen durch den Eisenbahnbau veranlaßt werden, sondern lediglich eine Folge der Expectoration sind, so muß der Betrag, welcher als Entschädigung für die nach § 9 der Ministerial-Verordnung vom 14. September 1854, Nr. 238 des R. G. B., im Expropriationswege zu ermittelnden Vermögensnachtheile gebührt, unbedingt, d. h. zur Zahlung bei Gericht erlegt worden sein und reicht ein bloß bedingter Ertrag, das ist ein solcher, der mit dem Vorbehalte erfolgt, daß der Entschädigungsbetrag an die Expropriaten erst dann ausgefolgt werde, wenn das aus irgend einem Grunde angefochtene Ergebnis der gerichtlichen Schätzung in Rechtskraft erwachsen sein wird, nicht aus, um die Eisenbahnunternehmung der Vortheile des Gesetzes vom 29ten März 1872, Nr. 39 des R. G. B., theilhaftig zu machen, weil ein solcher Ertrag nicht einer Zahlung, sondern nur einer Sicherstellung gleichgehalten werden kann, dem Expropriaten unter Umständen die Zurückziehung eines Theiles der Ertragssumme ermöglicht und die wirkliche Zahlung nicht zu erwarten vermag.

Was aber die allfällig auch in die Schätzung einbezogenen Entschädigungsbeträge, welche unter den § 10 der Ministerial-Verordnung vom 14. September 1854, Nr. 238 des R. G. B., fallen und also keinen Gegenstand des Expropriationsverfahrens bilden, betrifft, so ist die Befugnis-Einführung von der Leistung der Entschädigung dieser Art nicht abhängig, daher ein bloß bedingter Ertrag dieser Art von Entschädigungsbeträgen der behördlichen Befugnis-Einführung nicht entgegensteht.

R a s s e r m. p.

S a n h a n s m. p.

Am 19. September 1874 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 20. Juni 1874 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen XXXI. Bandes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter

Nr. 88 das Gesetz vom 2. Juni 1874, wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns, über die vom Landtage des Erzherzogthumes Oesterreich unter der Enns auf Grund des § 12, Absatz 2, des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. B. Nr. 141, der Reichsgesetzgebung überlassene Regelung der Anlage neuer Grundbücher und der inneren Einrichtung derselben;

Nr. 89 das Gesetz vom 2. Juni 1874, wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich ob der Enns, über die vom Landtage des Erzherzogthumes Oesterreich ob der Enns auf Grund des § 12, Absatz 2, des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. B. Nr. 141, der Reichsgesetzgebung überlassene Regelung der Anlage neuer Grundbücher und der inneren Einrichtung derselben.

Am 19. September 1874 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLII. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter

Nr. 118 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 4. September 1874 betreffend die Ermächtigung des Nebenzolles erster Klasse in Dobrua zur Austrittsbehandlung von Bier;

Nr. 119 die Verordnung der Ministerien des Innern und des Handels vom 5. September 1874 betreffend die Vollstreckung von Expropriationserkenntnissen in Eisenbahnangelegenheiten;

Nr. 120 die Verordnung des Finanzministeriums vom 10. September 1874 betreffend die Errichtung des Steuer- und gerichtlichen Depositenamtes Val di Ledro;

Nr. 121 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 10. September 1874 betreffend die Verlängerung der Ermächtigung des Nebenzolles zweiter Klasse in Dubica in Kroatien zur Austrittsbehandlung von Durchfuhrwaren mit dem Wirtungstreife eines Nebenzolles erster Klasse.

(Wr. Ztg. Nr. 214 vom 19. September.)

Nichtamtlicher Theil.

Zur Durchführung der confessionellen Gesetze.

Die „Bohemia“ bringt unter dem Titel „Die hierarchische Opposition gegen die österreichischen Maigesetze“ einen beachtenswerthen, ruhig und sachlich gehaltenen Artikel, welcher die Stellung der Staats- zur kirchlichen Gewalt genau und klar vorzeichnet und in Umlauf stehenden unwarhen Gerüchten entgegentritt.

Der erwähnte Artikel betont, daß der Episkopat sich an seine Erklärung halte, „den Anforderungen, welche die Staatsgewalt in dem Gesetze über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche an sie stellt, in so weit zu entsprechen, als sie mit dem Concordate der Sache nach im Einklange stehen.“ Sie befolgten aber auch thatsächlich den § 6 des Gesetzes über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche bezüglich der Anzeige von Befehlungen an die Landesbehörden, obwohl im Concordate davon keine Erwähnung geschieht, wohl aber war eine solche in dem Schreiben des Papstes an die Bischöfe vom 5. November 1855 indirect enthalten.

Die Bischöfe oder ihre Consistorien haben daher seit dem 13. Mai, mit welchem Tage das Gesetz vom 7. Mai zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Wirksamkeit getreten ist, der Bestimmung des § 6 über die an die Landesbehörde zu erstattende Anzeige der für Seelsorgämter außerordentlichen Geistlichen aus „Zwang“ Folge geleistet, derlei Geistliche demnach den Landesbehörden namhaft gemacht. Um aber dabei zu demonstrieren, daß diese Anzeige nicht in Gemäßheit des § 6 des Gesetzes vom 7. Mai erfolgte, wurden derlei Anzeigen unter Berufung auf das erwähnte päpstliche Breve vom 5. November 1855 erstattet, um dem in der bischöflichen Erklärung vom 20. März ausgesprochenen Worte thatsächliche Folge zu geben: die Bischöfe würden nur in so weit den Anforderungen der Staatsgewalt entsprechen, als sie mit dem Concordate im Einklange stehen. — Diese von den Bischöfen beliebte Maßregel in officiellen Verkehr mit den Regierungsbehörden trug so offen den Charakter einer Demonstration gegen das Staatsgesetz an sich, daß das Ministerium für Cultus und Unterricht nicht unterlassen konnte, die Landesbehörden anzuweisen, derartige Anzeigen der bischöflichen Consistorien als unstatthaft zu bezeichnen und zurückzuweisen, indem für Erstattung derselben nicht das angezogene päpstliche Breve, sondern das Gesetz vom 7. Mai 1874 maßgebend sei.

Minister v. S t r e m a y r gewärtigt, die Consistorien werden insolge dessen bei den von ihnen zu machenden Anzeigen das erwähnte durch Aufhebung des Concordates gegenstandslos gewordene päpstliche Breve nicht ferner anlehen; da er aber seine Leute kennt, erwartet er doch nicht von denselben, die Beobachtung eines correcten officiellen Kanzleisyles in Bezugnahme auf § 6 des Gesetzes vom 7. Mai und versteht sich vielmehr, die Consistorien

dürften fortan die in Rede stehenden Anzeigen ohne Berufung wieder auf das päpstliche Schreiben noch auf das Staatsgesetz erstatten. Ueber diese Incongruität wird der Cultusminister im officiellen Verkehre hinweg sehen und die Bischöfe, die doch thatsächlich der Forderung des Gesetzes nachkommen, bei ihren hierarchischen Schrullen von der nicht erloschenen Geltung des gesetzlich aufgehobenen Concordates nicht weiter behelligen — in der Hoffnung, es werde ihnen im Laufe der Zeit die Gewißheit sich immer unabweislicher aufdrängen, „und die Wahrheit sich auch bei ihnen immer mehr Raum machen“, daß das Concordat für „immerdar“ in Oesterreich begraben ist.

Ein Conflict zwischen der Hierarchie und Staatsregierung ist in dem Verhalten der Bischöfe gegenüber der Bestimmung des § 6 des Gesetzes vom 7. Mai nicht vorhanden, indem ein solcher nur dann eintreten würde, wenn sich ein Bischof beikommen ließe, einen Geistlichen mit Unterlassung der von diesem Gesetze geforderten Anzeige an die Landesbehörde in Amt und Pfünde einzusetzen. Auch dessen darf man versichert sein, die Staatsregierung werde in Durchführung der kirchlich-politischen Gesetze dem Ansehen derselben nichts vergeben und insonderheit betreffs des „in staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreien Verhaltens“, welches laut § 2 des mehrerwähnten Gesetzes von Staatwegen zur Erlangung kirchlicher Ämter und Pfründen gefordert wird, ein oder gar beide Augen zudrücken.

Es ist eine gänzlich unwahre Behauptung des „Vaterland“, die Landesbehörden hätten über Anzeige auch solcher für Pfarren in Vorschlag gebrachten Geistlichen nichts zu erinnern gefunden, die als Hauptagitatoren gegen die Staatsgesetze bekannt seien. Es mußten denn nur diese Geistliche ihre „Agitation“ so geheim getrieben haben, daß sie wohl dem „Vaterland“ zu sehr angenehmer Kenntnis gekommen, den Staatsbehörden aber ganz verborgen geblieben sind. Bei den letzteren gilt aber der Grundsatz: Habetur quilibet bonus, donec probetur malus. Die Staatsregierung wird nur dann sich in die Nothwendigkeit versetzt sehen, in Vorschlag gebrachte Geistliche auf Grund der Forderung des Gesetzes von Erlangung kirchlicher Ämter und Pfründen auszuschließen, falls wider dieselben bereits strafgerichtliche Erkenntnisse ergangen oder derlei Thatsachen constatirt sind, welche die politische Bescholtenheit derselben außer Zweifel setzen. Es wird Sache der Bischöfe sein, derlei Geistliche für Seelsorgämter nicht in Vorschlag zu bringen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, daß dieselben als der gesetzlichen Erfordernisse ermangelnd zurückgewiesen werden.

Die Action der Jungczechen

wird von den Organen der Altcechen noch fort, nicht immer in gewählter Redeform, kritisiert. Die Alten können den Abfall der sieben — „Todsünder“ durchaus nicht vertragen.

„Narodni Visti“ fahren fort, die Führer der Altcechen, welche trotz der Abneigung eines großen Theiles der Bevölkerung gegen die Passivitätspolitik und trotzdem Tausende der treuesten Söhne der czechischen Nation von ihrer stolzen Dictatur nichts wissen wollen, dennoch „im Namen des ganzen czechischen Volkes“ zu sprechen sich erlauben und diejenigen als Vaterlandsverräther und Abtrünnige verfluchen, die sich nicht ihrem Willen und ihrem Commando unterordnen wollen, zu bekämpfen. Lange genug haben sie ihren Eigenwillen über den Willen der Nation gestellt, haben stolz, unumschränkt und unsehlbar geherrscht, jetzt sind sie selbst nur eine Partei in der Nation, und deshalb klammern sie sich krampfhaft an ihren verblähten Thron und glauben, wie der Unfehlbare in Rom, daß ihre Interdicte und Flüche die Welt erschüttern könnten. Doch heutzutage hilft kein fanatisches Schelten, heute will die Welt Vernunftgründe hören. Niemand wird aber in Wirklichkeit einen Kobym, Stadovsky, Trojan für einen Vaterlandsverräther halten.

Eine andere Waffe, die sie im Kampfe gegen uns gebrauchen, ist die Lüge. Während wir in unserer im Landtage abgegebenen Erklärung mit Entschiedenheit festhalten am czechischen Staatsrechte, ferner die Vertheidigung der czechischen Nationalität für unsere erste Pflicht hervorheben, legen uns „Politik“ und „Politik“ Aufopferung der Nationalinteressen und nicht bloß thatsächliche, sondern auch rechtliche Anerkennung der bestehenden Verfassung zur Last. Hat man je eine so unehrliche Kampfweise gesehen? Glauben jene wirklich, daß in Böhmen niemand Gehirn, Gedächtnis und Augen

habe? Unser größtes Vergehen jedoch ist, daß wir Freunde der Freiheit und des Fortschrittes sind, daß wir überzeugt sind, daß nur durch einheitliches Bestreben aller liberalen Elemente ohne Unterschied der Nationalität wahrer Fortschritt und dauernde Freiheit gesichert seien. Hierin liegt unser Verrath.

Aus den Landtagen.

(17. September.)

Triest. Generaldebatte über den Bericht des Landesausschusses betreffend einige Reformen im Statute bezüglich der Aufnahme von Gemeindegeldern und einer besonderen Wahlordnung. Nach Verlesung des Berichtes sprechen die Abgeordneten Freiherr v. Pascolini, Burgstaller, Rabergoi, Radlischel und Wittmann, um den Entwurf zu bekämpfen. Auch der Regierungskommissär bemerkt, daß die Regierung das projectierte Gesetz nicht annehmen könne. Zugunsten des Entwurfes sprach nur der Verfasser desselben, Abgeordneter Hermet.

(18. September.)

Böhmen. Der Schulgesetzentwurf des Dr. Ruz wurde als Verhandlungsgrundlage acceptiert. Die Mehrzahl der Commissionsmitglieder ist für die Aufbesserung der Gehalte der Volksschullehrer.

Bukowina. Der Landtag agnosciert die Wahlen des Großgrundbesitzes und der Handelskammer und beschloß die Regierungsvorlagen an Ausschüsse zu verweisen.

Galizien. Antoniewicz legt einen Antrag vor in betreff einer geeigneteren Salzproduction, dann einen Antrag, welcher die Aufhebung des Schulgeldes für die galizischen Mittelschulen bezweckt. Zawadowski und Genossen beantragen, die Regierung sei aufzufordern, für Galizien den Perzentfuß im Wege der Gesetzgebung zu normieren. Der Antrag Czermak's in betreff der Errichtung einer medizinischen Facultät an der Lemberger Universität wird der Unterrichtscommission zugewiesen.

Oberösterreich. Göllicher und Genossen beantragen, der Landesausschuß solle beauftragt werden, in der nächsten Landtagssitzung über die auf dem Gebiete der politischen Verwaltung mit Rücksicht auf die Landesverhältnisse wünschenswerthen oder notwendigen Reformen umständlich zu berichten. Der Antrag wird dem Verfassungsausschuß zugewiesen. Es folgt die erste Lesung mehrerer Landesausschußberichte.

(19. September.)

Mähren. Auspiz beantragt Abhilfe der hinsichtlich der Bezirksstrafenverwaltungen laut gewordenen Klagen durch geänderte, auf dem Prinzip der Interessenvertretung fußende Zusammensetzung der Straßenausschüsse. Bazant beantragt die Verbesserung des Einkommens der Volksschullehrer.

Steiermark. Der Statthalter überreichte einen Gesetzentwurf betreffend die Regulierung des Mursflusses von der Radekybrücke in Graz bis zur steirisch-ungarischen Grenze.

Triest. Specialdebatte über den Gesetzentwurf wegen Reform des Status.

Vorarlberg. Abgeordneter Kohler interpelliert wegen der Zeugenunterschriften bei Wahlvollmachten.

Turnherr bringt einen Dringlichkeitsantrag ein: Der Landtag wolle sich über die Rückwirkung der directen Reichsrathswahlen auf das Landeswohl aussprechen. Nach vorausgegangener Verwahrung des Landeshauptmannes wurde der Dringlichkeitsantrag mit 12 gegen 5 Stimmen, die Verweisung desselben an ein Siebenercomité bei namentlicher Abstimmung mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 21. September.

Die „France“ bestätigt die Nachricht, daß sämtliche Ergänzungswahlen in Frankreich für einen und denselben Tag des Monats October anberaumt werden sollen. Die Legitimisten stellen für das Departement Seine-et-Oise den jungen Herzog Albert von Luynes-Thouanes-Picquigny (geboren den 16. Februar 1852) als Candidaten auf.

Der Solothurner Cantonsrath hat mit 70 gegen 31 Stimmen den Antrag der Regierung wegen Aufhebung des Klosters Marlastein und mehrerer Stifte genehmigt.

Der Generalsecretär im italienischen Ministerium des Innern, Herr Serra, ist nach Sicilien abgereist. Er ist mit der Mission betraut, vorzuzufahren, daß die jüngst vom Ministerium in betreff der öffentlichen Sicherheit beschlossenen Maßregeln einheitlich und energisch durchgeführt werden.

Der „Nord“ schreibt über den angeblichen Brief des Kaisers von Rußland an Don Carlos, daß, wenn das Schreiben überhaupt existiert, dasselbe sicherlich keine Aeußerungen enthalte, woraus zu entnehmen wäre, daß der Kaiser der carlistischen Sache zugethan ist. — Die „Köln. Ztg.“ bringt über die gegenwärtige Lage der kriegsführenden Parteien in Spanien eine Zusammenstellung von Daten, der wir folgendes entnehmen: Obwohl die Regierungstruppen an 220,000 Mann stark waren, während die Carlisten nur über 60,000 verfügen konnten, so hat sich doch eine neue Aushebung für die Regierung als unabwendbar nötig herausgestellt, da ein großer Theil ihrer Streitkräfte auf Garnisonierungen verwendet werden mußte; so verlangte beispielsweise San Sebastian eine Garnison von 4000, Bilbao eine Besatzung von 12,000 Mann. Die neue Aushebung hat nun weitere 60,000 Mann ergeben und die Regierung glaubt jetzt im Stande zu sein, ihre Nordarmee auf 60,000 Mann zu bringen und außerdem noch eine neue Armee zu bilden, die in Catalonien und Aragonien operieren soll. Serrano, heißt es, wird selbst das Obercommando übernehmen, beide Armeen aber trotzdem selbständig den entscheidenden Schlag gegen die ihnen gegenüber stehenden Kräfte und Organisationen versuchen, Laferna mit der Nordarmee in Navarra und in den baskischen Provinzen, Serrano in den südöstlichen und südlichen Bezirken bis nach Valencia. Die Carlisten, meint der Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ weiter, seien nicht im Stande, diesem Plane der Regierung ein wirksames Hindernis entgegenzusetzen. Es scheint sich ihrer Führer eine gewisse Unruhe bemächtigt zu haben. Während sie verzweifelte Anstrengungen machen, um den erschöpften Provinzen die letzten Mannschaften und Sub-

sistenzmittel auszupressen und ihre Artillerie zu vermehren, hätten sie jeden Augenblick andere Pläne und Entschlüsse. Ihr erster Versuch, nach dem „Siege“ von Estella die Verbindung zwischen den einzelnen Theilen der Nordarmee zu unterbrechen, sei zwar mit den kleinen Erfolgen von Laguardie und Calahorra gekrönt worden, habe aber seinen Zweck nicht erreicht und noch viel weniger ihnen die Gelegenheit geboten, einen Theil der weit auseinander gezogenen Armee zu überrumpeln und zu schlagen.

Aus der „Daily News“ erfahren wir über eine Militär-Meuterei in Portugal einige Aufschlüsse. Das Lancier-Regiment zu Estremoz war schon seit einiger Zeit in auffälliger Stimmung, und neuerdings kam es zu offenen Acten des Ungehorsams und der Insubordination. Es wurde ein Kriegsgericht zusammenberufen, und infolge der angestellten Untersuchung wurden 117 Mann des Regiments als Mädelshörer bezeichnet. Diese Mannschaften werden zunächst in der Festung St. Julian am Ausfluß des Tago untergebracht und alsdann vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Als das Regiment sich empörte, sollen die Einwohner von Estremoz vor den Thoren der Caserne Zusammenrottungen gebildet und in jeder Beziehung ihre Sympathien zu erkennen gegeben haben. Das war auch der Hauptgrund, warum die Regierung strenge Maßregeln für nötig hielt. Sämtliche Offiziere des Regiments wurden nach Lissabon berufen, mit Ausnahme eines Rittmeisters Drederode, der unter seinen Leuten die Disciplin aufrechterhielt und dafür vom König mit dem Orden vom Thurm und Schwert decoriert wurde. Politische Motive lagen den Truppen-Excessen nicht zu Grunde.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge hielten englische Booten und Küstenwächter bei Southend das Schiff „Notre-Dame“ an, welches mit 4500 Gewehren und 500 Kisten Munition befrachtet war. Die Mannschaft überließ das Schiff den Küstenwächtern.

Eisenbahn-Congreß.

An der Tagesordnung für die am 28. September d. J. in Pest zu eröffnende General-Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen stehen folgende Gegenstände: 1. Verwaltungsbericht der geschäftsführenden Direction. 2. Einführung einheitlicher Normen für Retour-, Rundreise- u. dgl. Billets. 3. Aenderung der Retour- und Tagesbillets sowie der Militärbillets zur Unterscheidung von den Billets 4. Klasse. 4. Berechnung der Beförderungskosten für Salonwagen, welche Eigenthum der benützenden Personen sind. 5. Abänderung des Vereins-Wagenregulativs. 6. Abänderung des Vereinsstatuts und neue Organisation des Vereinsvorstandes. 7. Neues Vereinskarten-Reglement. 8. Berathung des Betriebsreglements des Vereins mit Rücksicht auf die neuen Bestimmungen des am 1. Juli d. J. eingeführten Betriebsreglements. 9. Modalitäten für die Einführung des metrischen Maßes und Gewichtes in den Tarifen und dem Betriebsreglement. 10. Bezeichnung der Güter mit der Bestimmungsstation seitens der Versender. 11. Präcisierung der Güter, welche dem schnellen Verderben unterliegen und deshalb frankirt werden müssen. 12. Regelung

Jeuisseleton.

Die Nordpol-Expedition.

Dr. Th. G. bringt unter dem Titel „Franz Josephs-Land und der Nordpolcontingent“ im „N. Fremdbl.“ nachstehende höchst interessante Mittheilungen:

„Jeder gebildete Oesterreicher ist augenblicklich mehr oder weniger Nordpolfahrer im Geiste. Die Geographie arktischer Gegenden ist in Oesterreich wohl noch nie so eifrig studiert worden, wie während der letzten vierzehn Tage. Jeder wollte wissen, wo Franz Josephs-Land, wo Kap Wien auf der Karte zu suchen seien. Waren aber schon die Laien und Dilettanten aufgeregt, so waren es die Männer der Wissenschaft in noch weit höherem Grade. Die Entdeckung des neuen Landes nördlich von Nowaja-Semlja hängt ja eng zusammen mit einer wichtigen Frage der Erdkunde, die schon seit mehreren Jahrzehnten die Geographen in zwei feindliche Lager theilt: Ozeanisten und Continentalisten. Die ersteren sind der Ansicht, daß das noch nicht durchforschte 120,000 Quadratmeilen große Gebiet um den Pol eine gewaltige Wasser- oder richtiger Eismehrfläche repräsentiere, während die anderen annehmen, daß sich in dieser Wasserwüste, wenn nicht ein großer Continent, so doch ein gewaltiger Archipel befinde, der sich wahrscheinlich bis zum Pol erstrecke. Die neuesten Entdeckungen Bayers und Weyprechts sind natürlich Wasser auf die Mühle der Continentalisten, zu denen bekanntlich unsere beiden Nordpolfahrer gehörten, noch ehe sie Franz Josephs-Land in Sicht bekommen hatten. In einem vom 12ten Juni 1872 datierten Schreiben Bayers, das derselbe kurz vor dem Antritte der Expedition veröffentlichte, heißt es bereits: „Daß sich im innersten Theile des Polarbeckens noch unentdeckte Länder befinden müssen, lehren die Bootfahrt Parrys 1827 wie unsere Vorexpe-

dition, denn in beiden Fällen wurden schuttbedeckte Eis-massen, schlammbedecktes Treibholz, abnehmende Meerestiefe, Landthiere u. c. angetroffen.“ Die in den Jahren 1871 bis 1873 unter Capitän Hall unternommene nord-amerikanische Nordpolar-Expedition machte die Existenz eines großen Ländercomplexes in dem Polarbecken fast zur Gewissheit. Zwar wurde Capitän Hall durch die Strömung genöthigt, unter 82 Grad 25 N. B. umzulehren, doch sah er von der Massspitze aus nordöstlich in matten Umrissen ein Land liegen, von dem er zwei hervorspringende Spitzen Capr Schuman und Farragut-Point benannte. Möglich, daß Hall 1871 die Westküste des Continents oder Ländercomplexes sah, an dessen Südostküste der „Tegetthoff“ zwei Jahre später von Nowaja-Semlja aus getrieben wurde. Daß sich dort, wo Weyprecht und Bayer Franz Josephs-Land entdeckten, ausgedehnte Ländermassen befinden müßten, hat übrigens schon vor fünf Monaten ein wiener Gelehrter, Dr. Chabanne, ausführlich und eingehend mit wissenschaftlichen Gründen nachzuweisen gesucht.

Im Juli-Heft der Petermann'schen „Geographischen Mittheilungen“ steht es bereits Schwarz auf Weiß zu lesen, daß die Ostküste des arktischen Festlandes, das aber möglicher Weise auch ein Inselcomplex sein könne, zwischen 25 Gr. und 170 Gr. O. L. v. Gr. in einer durchschnittlichen Breite von 84 und 85 Grad, die Westküste zwischen 90 und 170 Gr. W. L. v. Gr. in einer wechselnden Breite von 86 Gr. bis 80 Gr. anzu-treffen sei. Wie der bisher in bescheidener Zurückgezogenheit lebende gelehrte Forscher zu diesem Resultate gekommen ist, das können wir hier nicht im einzelnen auseinander-zusetzen. Wer sich dafür interessiert, möge es in den angeführten Heften der Petermann'schen „Mittheilungen“ nachlesen. Der Laie muß es sich auch hier wie bei den astro-nomischen Berechnungen an den Resultaten der Forschung genügen lassen. Nur das sei hervorgehoben, daß Chabanne seinen Untersuchungen vor allem die Beobachtungen über die Winde, Meeresströmungen und die Temperaturver-

änderungen im Polar-meere zu Grunde legte, dieselben mit den Hall'schen Entdeckungen zusammenhielt und so mit den kühnen Schlüssen gelangte, der wenige Monate später durch die Nachricht von den Entdeckungen Bayers und Weyprechts eine so glänzende Bestätigung erhalten sollte. „Die Meeresströmungen in ihren Beziehungen zu den Luftströmungen sind die Thore zum unbekannten Innern der Nordpolarregion.“ Mit diesem kurzen leiser spricht Chabanne eine Wahrheit aus, die bisher leider noch nicht die genügende Anerkennung gefunden hat, die aber in Zukunft jeder, der das Räthsel des Nordpols mit lösen helfen will, beherzigen muß. Selten wohl hat die wissenschaftliche Theorie durch die wissenschaftliche Praxis eine so schnelle und glänzende Bestätigung erhalten, wie die Hypothese Chabannes durch die Entdeckungen Bayers und Weyprechts. Oesterreich darf stolz sein auf seine Söhne, sie arbeiten redlich mit an den großen Kulturaufgaben des Jahrhunderts. Chabannes Name wird bald überall ehrenvoll neben denen der großen „Tegetthoff“-Schiffer genannt werden. Es wird dem-nächst vom höchsten Interesse sein, die einzelnen Beobachtungen Bayers und Weyprechts mit den Hypothesen Chabannes zusammenzuhalten. Die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein werde, das Geheimnis des Nordpols zu erschließen, ist durch die drei Oesterreicher bedeutend erhöht worden. Chabanne vor allen ist voll-überzeugt, daß allmählig Licht und Ordnung in dieses finstere Eis-Chaos kommen wird. Schließt er doch seinen epochemachenden Aufsatz mit folgenden Worten: „Der den größten Erfolg involvierende Weg zum Pole ist ein zweifacher: erstlich das Meer zwischen Spitzbergen und Nowaja-Semlja und zweitens das Meer nördlich der Behring-Strasse an der Küste des unbekannten Polar-landes.“ — Das unbekannte Land ist jetzt entdeckt. Wird es die Brücke werden, die uns zum Nordpol leitet? Wer werden die kühnen Argonauten sein, welche die Spuren Bayers und Weyprechts weiter verfolgen.“

der Uebergabe der Frachtgüter auf den Uebergangsstationen. 13. Theilung der Lieferungszeit für Eis- und Frachtgüter zwischen den befördernden Verwaltungen. 14. Berathung der Art 15, 16, 17 sowie Revision der übrigen Bestimmungen des Uebereinkommens zum Vertriebsreglement. 15. Einführung eines getrennten Rap-
portierungs- und Abrechnungsverfahrens der Frachtzuschläge für Werth- und Interesse-Declarationen. 16. Bericht der Prämierungscommission, Wahl neuer Mitglieder derselben. 17. Revision der technischen Vereinbarungen des Vereins. 18. Einführung eines gleichmäßigen Verfahrens bei Ex-
peditio und Verrechnung von Militärtransporten. 19. Wahl des Ortes für die nächste Generalversammlung.

Rindviehzucht.

Der Gesetzentwurf zur Hebung der Rindviehzucht, der als Regierungsvorlage im niederösterreichischen Landtage eingebracht wurde, constatiert, daß die österreichische Regierung diesem wichtigen Zweige der Landwirtschaft besondere Fürsorge angedeihen läßt.

Dieser Gesetzentwurf ordnet zur Wahrnehmung und Förderung der Interessen der Rindviehzucht für jeden Steueramtsbezirk die Bestellung einer eigenen Thierschau-commission durch den Landesauschuß an. Dort, wo es die Umstände erheischen sollten, können in einem Steuerbezirk auch zwei oder mehrere solche Commissionen bestellt werden, in welchem Falle der Landesauschuß jeder derselben ihren Gebietsumfang zuweist.

Die Thierschaucommission besteht aus einem Obmann, zwei sachkundigen Viehzüchtern, beziehungsweise deren Ersatzmännern und aus einem Thierarzt oder dessen Stellvertreter. Der Landesauschuß ernennt den Obmann und die zwei sachkundigen Viehzüchter so wie die Ersatzmänner der letzteren nach vorläufiger Vernehmung der Gemeindevorsteher des betreffenden Bezirkes auf die Dauer von drei Jahren und bestimmt zugleich den Thierarzt so wie dessen Stellvertreter. Die Thierschaucommission hat das ihr zugewiesene Gebiet alljährlich zu begehen, die Viehzüchter und die Zahl der vorhandenen Zuchtstiere so wie die belegbaren (sajelbaren) Kühe und Kalbinnen zu verzeichnen und sich von dem Zustande und der Tauglichkeit der Zuchtstiere die Ueberszeugung zu verschaffen.

Bei dieser Verzeichnung nach Ortsgemeinden hat jede Commission mit Rücksicht auf die Standorte der Zuchtstiere sich gegenwärtig zu halten, daß auf beiläufig 50 bis höchstens 100 Stück belegbare Kühe und Kalbinnen wenigstens ein Zuchtstier entfalle. Findet sich in einer Ortsgemeinde niemand, der den Zuchtstier auch für fremdes Vieh zu halten bereit ist und kann sich die Gemeinde mit einer Nachbargemeinde zur gemeinschaftlichen Zuchtstierhaltung nicht vereinigen, so ist es Pflicht des Gemeindevorstandes, einen zur Verwendung für Zuchtzwecke geeigneten Stier auf gemeinschaftliche Kosten der betreffenden Viehzüchter anzuschaffen und zu erhalten. Diese Anschaffungs- und Erhaltungskosten sind von dem Gemeindevorstande unter die Viehzüchter, welche keine eigenen Zuchtstiere halten, insofern nicht ein anderes Uebereinkommen derselben zu stande kommt, nach der Zahl ihrer belegbaren Kühe und Kalbinnen zu vertheilen und nach Art der Gemeindevorlagen einzubringen. Das Erträgnis aus der Verwendung des Zuchtstieres so wie der allfällige Erlös für denselben kommt den Viehzüchtern nach dem gleichen Maßstabe zugute.

Für Zucht für fremdes Vieh gegen Entgelt darf ein Stier nur dann verwendet werden, wenn derselbe von kräftigem und dem Zuchtungswecke angemessenem Körperbau, gesund, wenigstens 1½ Jahre alt ist und von der Thierschaucommission als zur Fortpflanzung geeignet erkannt wird. Die Thierschaucommission hat dahin zu wirken, daß nicht nur vollkommen taugliche, sondern auch dem vorhandenen Viehschlage angemessene und, wenn dieser nicht entspricht, zur Verbesserung desselben geeignete Zuchtstiere angeschafft, daß für deren gute Erhaltung und Pflege Vorkehrungen getroffen, überhaupt das Zuchtgeschäft dem wahren Interesse der Viehzucht entsprechend betrieben werde.

Das Weiden des Rindviehes gemeinschaftlich mit dem Vorstendvieh oder Hausgeflügel ist bei einer Geldstrafe von 1 bis 5 fl. verboten.

Rein Kalb darf unter dem Alter von vier Wochen und bevor es die Milchzähne hat, geschlachtet werden. Annahmen können im Falle nachgewiesener besonderer Nothwendigkeit von dem Gemeindevorstande gestattet werden. Die gegen diese Vorschrift vorgekommene Schlachtung ist mit einer Geldstrafe von 2 bis 10 fl. für jedes Kalb zu ahnden. Derselben Strafe unterliegt, wer ein gegen diese Vorschrift geschlachtetes Kalb kauft oder dessen Verkauf vermittelt. Das Einlegen von Fleisch oder Haut in die zur Viehtränke bestimmten Gewässer ist bei einer Geldstrafe von 1 bis 10 fl. verboten.

Die Thierschaucommission hat die Verpflichtung, bei der jährlich vorzunehmenden Thierverzeichnung a. über die Vermehrung oder Verminderung des Viehstandes und deren Ursachen; b. über die Ernährung des Rindviehes auf der Weide und im Stalle, den Stand des Anbaues von Futterpflanzen und der Wiesenkultur, über den Stand der Milchwirtschaft, dann über Ausföhrung von Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen; c. über den Zustand und die Beschaffenheit der Stallungen und Fütterungsstätten, über die Pflege und Behandlung des Rindviehes und insbesondere des jungen Nachwuchses,

dann über die vorgekommenen Viehkrankheiten, Sterbefälle und ihre Ursachen; d. über die Beschaffenheit und den Umfang des Verkehrs mit Rindvieh- und Viehproducten in dem zugewiesenen Gebiete sich in fortlaufender Kenntnis zu erhalten.

Die Commission hat ferner bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die Viehbefitzer auf die Vortheile einer entsprechenden Behandlung und Pflege der Thiere und auf den Nutzen der Einführung von gegenseitigen Viehversicherungsvereinen aufmerksam zu machen so wie auf Abstellung der wahrgenommenen Gebrechen und Mißbräuche hinzuwirken und gemachte bemerkenswerthe Wahrnehmungen mit ihren allfälligen Anträgen dem Landesauschuß bekannt zu geben, welche darüber das Geeignete in seinem Wirkungsbereiche zu veranlassen hat.

Tagesneuigkeiten.

— (Vom Allerhöchsten Hofe.) Se. Majestät der Kaiser wird, wie man aus Pest meldet, am 26sten abends oder am 27. nach Wien zurückkehren; am 15. October soll der kaiserliche Hof nach Pest übersiedeln.

— (Personalnachrichten.) Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg und Ihre Excellenzen die Herren Minister Baron Lasser, Baron Pretis und Dr. Vanhans sind am 19. d. von Budapest in Wien angekommen. — Graf Emerich Batthyany ist am 16. September auf seiner Festung in Ungarn gestorben. Der Graf wurde am 23. Jänner 1781 geboren.

— (Berechnung des Quinquenniums.) Das k. k. Finanzministerium hat die Bestimmung, wonach für die Berechnung des Quinquenniums in einer bestimmten Rangklasse der Staatsbeamten die in der gleichen Diätenklasse beim Militär zugebrachte Dienstzeit nicht in Anschlag zu bringen ist, dahin abgeändert, daß beim unmittelbaren Uebertritt eines Offiziers in den Civilstaatsdienst für die Berechnung des Quinquenniums auch die beim Militär in der gleichen Diätenklasse zugebrachte (active) Dienstzeit in Anschlag zu bringen ist.

— (Sanitätsdienst.) Wie die „W. M. Wochenschrift“ erzählt, erhielt die Organisation des Militär-Sanitätsdienstes im Felde die kaiserliche Sanction. Der zufolge wird der Deutsche Orden 200 Verwundeten-Transportwagen für die erste Schlachtlinie nach dem System Mundy-Kellner (für je sechs Verwundete) anfertigen lassen. Außerdem wird von demselben Orden zur Herstellung von 30 Wagen für die zweite Linie und für ein Feldspiel für 600 Kranke geschritten. Das Feldspital steht unter ausschließlicher Leitung des Deutschen Ordens, der auch das nöthige ärztliche und Wärtterpersonal beistellen wird.

— (Aus dem grazer Joanneum.) Der 62. Jahresbericht theilt mit, daß die Erwerbungen der mineralogisch-geologischen Museumsabtheilung in dem genannten Jahre als sehr namhafte zu bezeichnen sind. Die Arbeiten an der Joanneums-Abtheilung des steierischen Landesarchives sind thätig fortgeschritten und die Erwerbungen des Archives an Urkunden und Acten waren außerordentlich reich. Unter anderem hat die Stadtgemeinde Voitsberg die Reste ihres Archives an das Joanneum abgetreten.

— (Vorkentäfer in Steiermark.) Aus Obersteier wird gemeldet, daß in einigen der dortigen Waldungen sich der Vorkentäfer eingenistet und schon manchen Schaden angerichtet hat; in mehreren Gemeinden sind zahlreich Arbeiter aufgeboden worden, um die Brut des gefährlichen Insectes nach Thunlichkeit aufzusuchen und zu zerstören.

— (Aus den Bädern.) In Teplitz sind bis 10. d. M. 11,616 Kurgäste und im Ganzen 35,643 Fremde, in Baden 7557 Kurgäste, in Gmunben 1215, in Neuhans bei Eill 957, in Tüffer 480, in Wartenberg 444, in Krapina-Teplitz 2418 angekommen. Die dritte Kurliste von Meran weist für die Herbstsaison 184 Parteien mit 389 Personen aus.

— (Infolge des „Kraus“) sollen, wie dem „V. G.“ mitgeteilt wird, in Berlin derzeit nahezu 6000 Handlungsbediener stellenlos sein.

— (Der internationale Postcongreß) beschäftigte sich in seiner am 18. d. in Bern abgehaltenen Sitzung im allgemeinen mit den Bestimmungen, betreffend die recommandierte Correspondenz und die beschränkte Portofreiheit der Postdienstleistungen.

— (Wasserbauten.) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat eine Commission zum Studium der Wasserbauten in Europa abgeordnet. Das erste Augenmerk der Commission ist auf die Donau-Regulierungsarbeiten gerichtet und sie trifft zur Besichtigung derselben demnächst in Wien ein.

Locales.

Steirer Landtag.

III. Sitzung.

Laibach, 21. September.

Anwesend: Landeshauptmann Herr Dr. Friedrich Ritter v. Kaltenegger, 30 Landtagsabgeordnete und der Herr Landesregierungsleiter k. k. Hofrath Bohuslav Ritter von Widmann als Vertreter der Regierung.

1. Das Protokoll der 2. Sitzung wird in deutscher Sprache vorgelesen und genehmigt.

2. Der neugewählte Abgeordnete Eduard Schaffer leistet die Angelobung.

3. Die Abg. Freiherr v. Rastern und Graf Thurn entschuldigen ihr Ausbleiben bei der letzten Sitzung. Dem Abg. Dr. Razlag wird aus Geschäftsrücksichten ein zweitägiger Urlaub ertheilt. Abg. R. v. Langer entschuldigt sein heutiges Ausbleiben.

Die in der letzten Sitzung gewählten Ausschüsse haben sich constituirt, wie folgt:

Finanzausschuß, Obmann: Dr. Costa, Stellvertreter Deschmann, Schriftführer Murnik.

Petitionsausschuß, Obmann: Graf Barbo, Stellvertreter Dr. Razlag, Schriftführer Dr. Jarnik.

Volkswirtschaftlicher Ausschuß, Obmann: Deschmann, Stellvertreter Murnik, Schriftführer Obresja.

Rechnschaftsberichts-Ausschuß, Obmann: Dr. Jarnik, Stellvertreter, und Schriftführer Dr. Polskar.

Schulausschuß, Obmann: Dr. Razlag, Stellvertreter Ritter v. Gariboldi, Schriftführer Ritter von Langer.

5. Die Petitionen des landwirtschaftlichen Lehrers Josef Kristan um Gehaltserhöhung, des landwirtschaftlichen Portiers J. Schillo um Bewilligung weiterer drei Quinquennalzulagen und des Malereleven Simon Ogryn um eine Unterstützung zur Fortsetzung seiner Studien werden dem Finanzausschuße; die Petition des Straßencomités von Planina um Bewilligung einer Subvention von 1500 fl. zur Herstellung einer Straße von Loskepolico bis Ratoč wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen.

6. und 7. Die Wahlen der Abgeordneten Mathäus Laurenci und Eduard Schaffer werden ohne Debatte agnoscirt.

7. Die Regierungsvorlage mit dem Gesetzentwurfe über die Schonzeit des Wildes wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschusse;

8. der Vertragentwurf der Regierung zur Regelung der Verhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes mit dem Staate — dem Finanzausschuße;

9. der Bericht des Landesauschusses mit einem Nachtrage zur Schulgesetznovelle — dem Schulausschuße;

10. der Bericht des Landesauschusses wegen Besserung der Volksschulverhältnisse und Lehrergehälter in Krain — dem Schulausschuße;

11. der Bericht des Landesauschusses wegen Real-schulconcurrentz zwischen der Stadt Laibach und dem Lande Krain — dem Finanzausschuße;

12. der Bericht des Landesauschusses über das Ansuchen der k. k. Regierung, eine 20prozentige Verzehrungssteuerumlage dem Grundentlastungsfonde zu widmen — dem Finanzausschuße;

13. der Bericht des Landesauschusses wegen Errichtung einer Ackerbauschule in Unterkrain — einem befonders zu wählenden siebengliedrigen Ausschusse zugewiesen.

14. In den Ausschuß zur Berathung der Verlegung des Bezirksgerichtes Planina nach Voitsch werden gewählt: Dr. Costa, Deschmann, Ritter v. Gariboldi, Rottm, Dr. Razlag, Murnik und Laurenci.

Nächste Sitzung Mittwoch den 23. d.

— (Das Leichenbegängnis des Herrn Ignaz Edlen von Kleinmayr) fand gestern abends unter großer Theilnahme der Bewohnerschaft Laibachs statt. Die Leichenbestattungsanstalt Doberlet entfaltete ihren ganzen Pomp; an beiden Seiten des Leichenwagens schritten Buchdruckerhilfen der hiesigen Officinen. Die trauernden Enkel, das Personale der Kleinmayr'schen Druckerei und der Buchdruckerverein widmeten prächtige Kränze. — Unserem gefrigen Retrologe wollen wir noch anfügen, daß die Familie von Kleinmayr aus Salzburg stammt, im Jahre 1548 nach Klagenfurt übersiedelte und dort eine Buchdruckerei errichtete. Der Vater des gestern zu Grabe getragenen Biedermannes, Herr Ignaz Alois Edler von Kleinmayr, gründete im Jahre 1778 die „Laibacher Zeitung“.

— (Soirée zu wohltätigem Zweck.) Wie wir hören, wird am nächstkommenden Samstag, d. i. am 26. d. abends in den Restaurationslocalitäten des Hotel „Europa“ zugunsten der durch Brandunglück beschädigten Bewohner in Oberlaibach eine große musikalische Soirée veranstaltet. Zur gefälligen Mitwirkung wurden die Musikcapelle des k. k. 46. Inf.-Reg. Herzog von Sachsen-Meiningen und das exact geschulte Sologquartett „Frohfinn“ (die Herren Razingen, Schaffer, Schulz und Ragnus) gewonnen. Die Leistungen dieses Männergesangs-Quartetts sind in hiesigen Kreisen bereits bestens bekannt und stellen uns dieselben einen recht angenehmen Abend in Aussicht, hiefür bürgt uns der Name des Quartettmeisters Herrn Schulz. Das Programm wird gebiegene Nummern signalisiren. Das Unternehmen muß als ein sehr lobenswerthes bezeichnet werden und verdient in Erwägung des edlen Zweckes die vollste Theilnahme der hiesigen Gesellschaftskreise.

— (Personalveränderungen im Clerus.) Am 17. d. starb Herr Dechant Jakob Komar in Stebenj. Herr Lorenz Pintor, Pfarrer in Bresnic, trat in Pension. Herr Georg Levcnik wurde zum Pfarrer in Mariasfeld bei Laibach ernannt. Der ehrwürdige Franziskanerorden verlor durch Todsälle vier Mitglieder: die PP. Justin Rus in Stein, Dominik Klopč in Görz; die FF. Spacinič Bovi in Görz und Blasius Rant in Mann.

